

«Existenzielle Notlage»)*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 28. Juli 2022

=====

Roman Zeller (Red. WELTWOCHEN)*

Der deutsche Umwelt-Professor Fritz Vahrenholt erklärt die Energiewende für gescheitert.

Ex-Kanzler Schröder nennt er einen «ganz grossen Staatsmann». Auch die Schweiz lobt er.

=====

Fritz Vahrenholt ist der Mann fürs Thema der Stunde: die Energiekrise.

Wie kann Europa seine Gas- und Stromversorgung sicherstellen, ohne dass die Kosten explodieren? Was ist vernünftig? Was nachhaltig? Mit solchen Fragen beschäftigt sich der 73-jährige sozialdemokratische Umweltpolizist seit Jahrzehnten, mit einem 360-Grad-Ansatz, ohne die Wirtschaft aussen vor zu lassen.

Der promovierte Chemiker wirkte von 1991 bis 1997 als Umwelt-Senator in Hamburg. Seither ist er Professor im Fachbereich Chemie der Universität Hamburg und publizierte mehrere Bestseller. In seinem Buch «Unerwünschte Wahrheiten» thematisierte er schon 2020, wohin die Gesellschaft steuere, falls die Politik die Energiewende weiter vorantreibe: in eine «existenzielle Notlage», wie er sagt.

Vahrenholt engagiert sich auch in der Wirtschaft. Er sitzt in Vorständen und Aufsichtsgremien, etwa in jenem des grössten Kupferherstellers Europas und in jenem des grössten Investors für erneuerbare Energien. Trotzdem kritisiert er den Fokus der Politik auf Wind und Solar. Dass er an der Technologie per se nichts auszusetzen hat, zeigt seine Namensgebung der ersten Windkraftanlage in der Nordsee: Fritz.

Weltwoche: Herr Vahrenholt, in Europa geistert das Wort «Energiekrise» umher. Von «Notfallplan» ist die Rede, von «kalt duschen» und von «weniger heizen». Sagen Sie, um was geht es genau? Wo liegt das Problem?

Fritz Vahrenholt: Die Energiekrise ist selbstgemacht. Eine Konsequenz der europäischen Politik, des Green Deal, der dazu angelegt ist, Kohle, Gas und Öl derart zu verteuern, dass fossile Brennstoffe nicht mehr eingesetzt werden. Spanien, Grossbritannien, die Niederlande,

Deutschland haben über zwanzig Kohlekraftwerke abgestellt. Viele gaukeln sich vor, dass die Lücke mit Solar- und Windenergie geschlossen werden könnte. Aber dann, nach der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie, war plötzlich mehr Strom erforderlich. Gas wanderte als Ersatzbrennstoff in die Kraftwerke, die eigentlich nur für die Spitzenlast ausgelegt waren. Der Strompreis schnellte in die Höhe, parallel dazu der Gaspreis. Denn zusätzlich hatte die EU-Kommission das CO₂ dem Zertifikathandel unterworfen und die Zertifikate massiv verknappt. Der CO₂-Ausstoss kostet Geld, und durch die Verknappung schoss der Preis auf fast neunzig Euro pro Tonne – das war politisch gewollt und erfolgte noch vor Putins Ukraine-Angriff. Die Energiewende wäre mittelfristig auch ohne Krieg gescheitert; nur kriegen wir jetzt das Scheitern im Zeitraffer. Ein weiteres Problem kommt hinzu: Die Finanzseite, sämtliche Investitionen der Finanzinvestoren haben Öl, Gas und Kohle als «böse» gebrandmarkt, sie haben das Kapital weitgehend aus dem Sektor verbannt. BP, Shell, Exxon, Chevron investieren seit zehn Jahren immer weniger in fossile Energie. Das heisst, nur noch staatliche Gesellschaften aus dem Nahen Osten, aus Russland oder China erschliessen neue Öl-, Gas- und Kohlevorkommen. Die Energiekrise ist hausgemacht, und die Ukraine-Krise verschärft sie.

Weltwoche: Wie verschärft der Ukraine-Krieg die Energiekrise, die sowieso eingetreten wäre?

Vahrenholt: Zunächst: Der Ausstieg aus Kernenergie und Kohle funktionierte nur, weil wir im Hintergrund russisches Gas zuführten. Sonst wäre die Energiewende schon vor Jahren gescheitert. Wer ein neues Windkraftwerk in Betrieb nimmt, braucht ein Back-up für die Zeit, in der kein Wind weht. Als ehemaliger Windkraftunternehmer weiss ich, der Normalzustand einer Windturbine ist der Stillstand. An 100 bis 150 Tagen des Jahres produzieren Windkraftwerke weniger als 10 Prozent ihrer Leistung. Deswegen braucht es Gas als Back-up – das wir jetzt nicht mehr haben. Daraus folgt, wenn die Pipelines nicht schnellstmöglich wieder Gas transportieren, sind in Deutschland 5,6 Millionen Arbeitsplätze gefährdet. Wussten Sie, dass die chemische Industrie alle sechs Stunden einen Zug von Frankfurt bis Sevilla braucht? Waggon an Waggon, allesamt gefüllt mit Gas. Natürlich geht es nicht darum, wie ein ehemaliger Bundespräsident völlig falsch gesagt hat, dass wir «frieren für den Frieden». Sondern darum, dass wir dabei sind, unsere Industrie zu zerstören. 50 Prozent des Gases gehen in die Industrie, ins Gewerbe. In die Glas-, Metall- und Papierindustrie – zum Brötchenbäcker. Fällt das weg, sind die Folgen verheerend. Ein existenzieller Notstand.

Weltwoche: Stichwort Blackout: Ist das ein Begriff, mit dem sich die Menschen nun auseinandersetzen müssen?

Vahrenholt: Wir müssen unterscheiden zwischen Gas und Strom: Beim Gas

wird es so sein, dass die Lieferung aus Norwegen und Algerien – und das, was wir vielleicht über die LNG-Terminals bekommen – ausreicht, um Wohnhäuser zu beheizen. Die Industrie hingegen wird abgeschaltet, sobald es nicht mehr reicht. Und das ist eine Katastrophe. Betroffen sind dann nicht nur Arbeitsplätze, sondern Steuereinnahmen, Sozialabgaben und so weiter. Beim Strom ist es anders: Man wird durch Teilabschaltungen versuchen, einen Blackout mit seinen verheerenden Folgen zu vermeiden. Leonard Birnbaum, Chef von Eon, sagte, man werde dafür ganze Stadtteile abstellen. Das ist das Modell Kapstadt: Stadtteile bekommen nur zu bestimmten Zeiten Strom. Dann sind wir auf dem Niveau eines entwickelten Entwicklungslandes.

Weltwoche: Wie kann man sich dieses Strom-Jonglieren vorstellen?

Vahrenholt: Das bedeutet, von 9 bis 12 Uhr bekommt Wandsbek Strom, von 12 bis 15 Uhr Altona, abends dann dieser und jener Stadtteil. Diese Gefahr drohte übrigens ohnehin. Die zunehmende Elektromobilität hätte neue Spitzenbelastungen für das Stromnetz bedeutet, so dass es bereits einen Gesetzesentwurf gab, dass die Stadtwerke E-Ladestationen und Wärmepumpen abstellen können. Beim gewerblichen Strom macht man das heute schon: Aluminiumfabriken, Stahlwerke kriegen keinen Strom, wenn zu wenig Strom da ist.

Weltwoche: Was bedeutet die Energiekrise fürs Portemonnaie der Bürger? Für den Haushalt?

Vahrenholt: Der Strompreis hat sich vervierfacht, und es geht weiter aufwärts. Beim Gas sind wir bei einer Versechsfachung. Nur merkt's noch keiner, die Rechnungen flattern erst noch in die Häuser. Zeitverzögert steuern wir auf eine Kostenlawine zu, die die Bundesregierung übrigens gar nicht bestreitet.

«Vielleicht müssen wir erst in den Abgrund schauen, um zu einer neuen Aufbruchmentalität zu kommen.»

Weltwoche: Von welcher Grössenordnung? Mal fünf? Mal sechs im Vergleich zu heute?

Vahrenholt: Beim Strom bleibt's wohl bei einer Verdreifachung, beim Gas rechne ich langfristig mit einer Verfünffachung, weil die staatlichen Abgaben nur teilweise mitwachsen. Und dann können Sie rechnen: Kostete die Stromrechnung für einen normalen Haushalt früher, sagen wir mal, 600 Euro im Jahr, werden es bald 2000 Euro sein. Beim Gas ist's noch krasser: Weil die Gasverbräuche in kalten Zonen wie in Deutschland oder der Schweiz höher sind, bekommen Sie da eine Wohnung nicht unter 1500

Euro warm. Dieser Betrag mal fünf ergibt 7500 Euro – im Jahr, allein für Gas. Das kann sich jemand, der jährlich 20 000 Euro netto nach Hause bringt, unmöglich leisten.

Weltwoche: Als wie besorgt nehmen Sie die Bevölkerung wahr? Was kriegen Sie mit?

Vahrenholt: Ich wundere mich, wie relativ . . . ich will nicht sagen: gelassen . . .

Weltwoche: . . . vielleicht stoisch?

Vahrenholt: . . .wie wenig Verstörung da ist. Die Beunruhigung hält sich in Grenzen. Die wesentliche Ursache hierfür sehe ich in der Medienlandschaft, insbesondere der öffentlich-rechtlichen, die ihre Rolle als affirmative Unterstützung von Regierungspolitik versteht. Abwiegeln ist angesagt – «Alles halb so schlimm, wenn wir nur die wichtigsten zehn Spartipps befolgen», «Weiter so mit der Klimapolitik».

Weltwoche: Schönfärberische Berichterstattung.

Vahrenholt: Ja, aber warum verfängt das? Weil den Deutschen über zwanzig Jahre lang Angst eingetrichtert wurde. Angst vor der Klimakatastrophe, Angst, auf der falschen Seite zu stehen. Das Resultat: Das Narrativ, die Welt retten zu müssen, ist eine der Kernursachen dafür, dass wir die Säulen unserer Industriegesellschaft, soweit sie mit CO₂-Emissionen verbunden waren, zerstört haben – von den Braunkohlekraftwerken bis hin zur Automobilindustrie. Wir könnten unsere Kohlekraftwerke CO₂-frei machen, indem wir das CO₂ in tiefes Gestein unter dem Meeresboden verpressen; nur ist das verboten. Deutschland hat Fracking-Gas: In Norddeutschland lagert ein Erdgasschatz, der uns die nächsten zwanzig, dreissig Jahre preiswert zur Verfügung stünde. Wir müssten ihn nur anbohren, und wir hätten die ganze Wertschöpfung im eigenen Land – in Deutschland: verboten. Sowie die Nutzung der Kernenergie: verboten.

Weltwoche: Mit Blick auf den Ukraine-Krieg, auf die Diskussion um schwere Waffen oder Friedensverhandlungen: Was wäre, aus energiepolitischer Sicht, jetzt angezeigt?

Vahrenholt: Wir müssen uns die Frage stellen, inwieweit wir die Gesprächsbereitschaft mit Russland abreißen lassen wollen. Eins darf nicht vergessen werden: Nord Stream 2 steht unter Gas, und auch andere Nationen hängen daran – Frankreich, Österreich, die Slowakei, Tschechien, Ungarn. Meine Hoffnung ist, dass Vernunft einkehrt und die

Pipeline Nord Stream 1 wieder zum Laufen kommt. Man wird Russland schliesslich nicht von der Landkarte ausradieren können. Russland bleibt dort als rohstoffreichstes Land der Erde. Am Ende werden wir weiterhin Energie und Rohstoffe wie Nickel oder Kali aus Russland importieren. Eine Politik, die sagt: «Nie wieder Gas aus Russland», kann ich nur als naiv bezeichnen.

Weltwoche: Sie glauben, das deutsch-russische Tuch ist noch nicht vollends zerschnitten?

Vahrenholt: Russland ist eines der grössten Rohstoffländer der Welt. Deswegen darf man nicht alle Türen zuschlagen. Klar kann ich verstehen, dass man Boykottsignale setzt, den Zahlungsverkehr einschränkt – das ist alles richtig. Aus meiner Sicht macht aber ein Boykott, der dem Boykotteur mehr schadet als dem zu Boykottierenden, wenig Sinn. Beim Öl etwa, da merken wir, wie bescheuert es ist, wenn wir auf den Import verzichten. Dann verkauft Russland an Indien, und Indien mischt sich sein eigenes Öl zusammen, das es mit Hilfe griechischer Reeder an die USA und Europa verkauft – allerdings teurer als zuvor Russland. Diese Art von Boykott macht keinen Sinn. Der russische Staatshaushalt profitiert vom Boykott durch die höheren Ölpreise.

Weltwoche: Einerseits plädieren Sie für einen harten Kurs mit Sanktionen. Man soll Putin zeigen: «Wir finden das, was du machst, nicht gut.» Gleichzeitig wollen Sie die Beziehungen nicht abreißen lassen. Wie ist dieser Spagat realisierbar?

«Irgendwann wird man Wasserstoff auf Kernenergiebasis brauchen, anders geht es gar nicht.»

Vahrenholt: Ich glaube, Olaf Scholz hat diesen Spagat versucht: solidarisch zu sein, 700 000 Flüchtlinge aufzunehmen, finanzielle, humanitäre Hilfe zu spenden, Waffen zu liefern. Für viele mussten es dann aber unbedingt Angriffswaffen sein, schwere Waffen. Je schwerer, desto besser, darum drehte sich alles. Auf den Bundeskanzler wurde eingepregelt, ein Getriebener, von eigentlichen Pazifisten, den Grünen, die natürlich auf der guten Seite stehen wollten. Am Ende konnte er dem Druck nicht standhalten und schaffte den Spagat nicht.

Weltwoche: Wer in Deutschland ist für die Energiekrise verantwortlich?

Vahrenholt: Ich glaube, antikapitalistische Strömungen und Parteien beförderten das Dilemma. Es ist eine wirkmächtige Parole, dass die kapitalistischen Industriestaaten den Untergang der Welt durch die Zerstörung des Klimas bewirken. Obwohl im Weltklimabericht davon keine

Rede ist. Schauen wir uns das wahrscheinlichste Szenario an, das einen weiteren leichten Anstieg der CO₂-Emissionen und ab 2025 ein Absinken auf die Hälfte bis 2050 zur Grundlage hat. Demnach wird es bis 2040 um 0,4 Grad wärmer, bis 2100 um 1,6 Grad. Das ist alles andere als eine Katastrophe, kein Grund, sich anzukleben irgendwo. Stellen Sie sich vor, vor zwanzig Jahren hätte jemand gesagt: «Die Deutschen werden irgendwann die besten Autos der Welt, eine über hundert Jahre entwickelte Technologie, eigens abschaffen.» Wir hätten gesagt: «Der spinnt.» Und heute haben wir eine ganze Jugend verloren, weil sie diese quasireligiösen Botschaften nachbetet. A la: «Die Welt geht unter, die ältere Generation ist schuld.» Die Medien haben der Bevölkerung nur das schlimmste Szenario nahegebracht, in dem die Erwärmung um über drei Grad zunimmt. Dieses Szenario ist aber völlig fiktiv und unreal. In diesem Szenario wird der Kohleverbrauch vervierfacht. Dann würden uns 2080 die Kohlereserven ausgehen. Das ist die Welt, wie sie uns Politik und Medien als Schreckensszenario tagtäglich einbläuen. Wer derart in Angst versetzt wird, akzeptiert sogar Wohlstandseinbussen. Die Frage ist nun, wie antwortet die Bevölkerung auf die Zuspitzung durch den Russland-Boycott?

Weltwoche: Ja. Wie?

Vahrenholt: Es gibt zwei Wege, um aus der Energiemangelwirtschaft herauszukommen. Entweder: Wir besinnen uns auf das, was wir können, brechen Tabus, nehmen staatliche Verbote wie beim Fracking, bei der CO₂-Abscheidung bei Kohlekraftwerken oder der Kernenergie zurück und versuchen mit Ingenieurskunst, Mut und Leistungsbereitschaft auf dem marktwirtschaftlichen Weg die Probleme zu lösen. Oder: das Modell einer Gesellschaft des Mangels, der Deindustrialisierung, in der am Ende der Staat entscheidet, wie die wenigen Mittel und Energieressourcen verteilt werden. Das wäre eine DDR light.

Weltwoche: Als Schuldiger an der Energiemisere mit Russland wird Altkanzler Gerhard Schröder angesehen – und mit ihm die SPD. Können Sie, als SPD-Politiker, dagegenhalten? War alles schlecht, wie es heute heisst?

Vahrenholt: Nein, natürlich nicht. Schröder hat Deutschland vor dem Absturz bewahrt. Er wusste sehr wohl, dass er, indem er Einschnitte im Sozialbereich vornahm, seine Kanzlerschaft gefährdete. Diese führten aber dazu, dass Deutschland in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren wieder reüssiert hat. Er war ein ganz grosser Staatsmann. Für ihn kam das Land zuerst, auch wenn man der eigenen Partei, ja sich selbst dabei schadet. Das müsste man jetzt von den Grünen erwarten, die ja die Antikernenergie in ihren Genen tragen. Sie müssten den Notstand erkennen und tun, was nötig ist. Sprich: Kohle umweltfreundlich machen, Gas fördern, Kernenergie ausbauen. Und damit gegen alle Parteitagsbeschlüsse

verstossen und den Liebesentzug der eigenen Klientel in Kauf nehmen.

Weltwoche: Bei Wirtschaftsminister Robert Habeck sind zaghafte Ansätze in diese Richtung zu erkennen. Was halten Sie von ihm?

Vahrenholt: Er ist immer noch gefangen in seiner Parteipolitik. Er macht nur das absolut Unausweichbare. Er müsste eigentlich das Volk aufklären, sagen, dass es nicht nur für drei bis sechs Monate Kohlekraft braucht, sondern für eine längere Zeit. Und Sprüche wie: Kernenergie helfe beim Gas nicht, finde ich absolut daneben. Wenn die Kernenergie abgestellt wird, werden Gaskraftwerke wieder verstärkt Strom liefern müssen. Wir müssten zusätzlich so viel Gas verbrennen, wie ein LNG-Terminal an Gas liefert. Habeck baut gerade einen Gartenzaun, um eine Lawine abzuhalten, die auf uns einprasseln wird – und alle bewundern sein Werk. Anfang des nächsten Jahres, wenn wirklich die Kernkraftwerke abgestellt werden, mitten im Winter, und Gas knapp bleibt, wird die Loyalität zu den Grünen zusammenbrechen.

Weltwoche: Was muss die Politik jetzt sofort tun, um das Schlimmste abzuwenden? Welches Gesetz muss sofort abgeschafft werden?

Vahrenholt: Das Wichtigste sind die drei Gesetze, die in Deutschland die Energiekrise haben anschwellen lassen. Erstens muss das Erdgas-Förderverbot aus Schiefergas sofort weg. Zweitens ist die Abscheidung von CO₂ aus Kohlekraftwerken verboten, wobei das Treibhausgas in der Tiefe verpresst wird, ohne Schaden fürs Klima. Und das Dritte: den Kernenergieausstieg aufheben und dessen Forschung fördern.

Weltwoche: Sehen Sie ein Land, an dem sich Deutschland orientieren könnte?

Vahrenholt: Die Schweiz macht es eigentlich ganz gut. Schweden auch. Sie haben zumindest verstanden, was eine völlig überstürzte Energiewende bedeutet. Die abwartende Positionierung des Bundesrats zahlt sich aus. Da gab es ja einige, die, wie die Deutschen, möglichst rasch aus den fossilen Brennstoffen und der Kernenergie aussteigen wollten. Wie hiess sie noch? Leuthold?

«Die chemische Industrie braucht alle sechs Stunden einen Zug von Frankfurt bis Sevilla voll mit Gas.»

Weltwoche: Doris Leuthard.

Vahrenholt: Genau! Gut, dass die Regierung entschieden hat, die AKW-Laufzeiten erst mal zu verlängern und dann weiterzuschauen.

Weltwoche: Interessant, dass Sie die Schweiz loben. Auch bei uns mehren sich die warnenden Stimmen, die Lage sei ernst, heisst es. Was raten Sie der Schweiz, um nicht die gleichen Fehler zu machen wie Deutschland?

Vahrenholt: Der Schweizer Anteil am Russen-Gas ist ja relativ gering. Das ist erst mal beruhigend. Natürlich ist es wichtig, ja nicht an den Pfeilern zu sägen. Sicher gilt, an der Kernenergie festzuhalten. Danach muss es weitergehen, nicht kopflos, und natürlich gehören da auch erneuerbare Energien dazu. Aber man muss auch deren Grenzen erkennen; dass nachts eben keine Sonne scheint. Irgendwann wird man Wasserstoff auf Kernenergiebasis brauchen, anders geht es gar nicht.

Weltwoche: Wo sehen Sie den ganz grossen Irrtum bei den erneuerbaren Energien?

Vahrenholt: Dass die Schwankungen nicht abnehmen, je mehr man auf sie setzt. Oder anders: Wenn Sie dreimal so viele Windkraftwerke bauen, und es gibt keinen Wind, ist eben auch kein Strom da. Drei mal null Wind ist null Strom. Die Volatilität macht das System kompliziert, aber auch so teuer; Zwischenspeicherung kostet. Beim Wasserstoffpfad gehen drei Viertel der Energie verloren, und der ganzjährige Batteriespeicher ist unbezahlbar. Aber man muss anerkennen, es sind tolle Entwicklungen, auch die Preisentwicklung der Solaranlagen. Eine vernünftige Ergänzung im Gesamtsystem. Ich habe die Technik ja selbst mit entwickelt, war sowohl Solar- als auch Windkraftmanager. Der Fehler ist, zu glauben, dass sie 100 Prozent der Energieversorgung abdecken können. Wer sagt, nur Solar- und Wind- sei «grüne» Zukunftsenergie, erstickt die Innovation etwa bei der Fusionsenergie oder bei neuen Kernkraftwerkstechnologien.

Weltwoche: Die EU hat unlängst Atom- und Gasenergie als «grün» gelabelt.

Vahrenholt: Ein Schritt in Richtung Wahrheit.

Weltwoche: Oder das definitive Eingeständnis, dass die Energiewende gescheitert ist?

Vahrenholt: Dagegen hat sich Deutschland bis zum Schluss gewehrt. Aber man darf den Entscheid nicht überbewerten: Am Ende heisst das, das Kapital, auch staatliche Förderung, darf wieder in Kern- und Gasenergie fliessen, ohne dass es gleich auf den verfemten Index kommt. Die Frage ist: Wie setzen das die Kapitalgesellschaften, die Fonds um? Wenn diese

nach wie vor sagen: «In grüne Fonds kommt keine Kernenergie rein», hilft auch das grüne EU-Label nicht viel.

Weltwoche: Wie definieren Sie eigentlich Nachhaltigkeit?

Vahrenholt: Wirtschaftliches Wachstum, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz – das sind die drei Quellen für Nachhaltigkeit. Wir haben Nachhaltigkeit auf ein Ziel verkürzt und uns nur der klimafreundlichen Energiepolitik verschrieben. Und vergessen, dass das, was wir machen, weltweit völlig irrelevant ist. Entscheidend ist, was die Chinesen machen, die Inder, die Brasilianer. Da kommt's nicht so sehr auf uns an, Deutschland hat 2 Prozent am weltweiten CO₂-Ausstoss, China 30 Prozent. Aber wir könnten die Technik der CO₂-freien Kohle entwickeln und von China verlangen, es uns gleichzutun. Das wäre erfolgreiche Klimapolitik.

Weltwoche: Dass das EU-Verbrenner-Verbot ab 2035 aus marktwirtschaftlicher Optik nicht zielführend ist, liegt nahe. Warum aber ist es auch aus der Umweltperspektive falsch?

Vahrenholt: Weil die Batterien grösstenteils in China produziert werden. Wer den Fussabdruck wirklich genau berechnet, von der Erzeugung bis hin zum täglichen Gebrauch des Autos, sieht, dass das E-Auto eben einen grösseren CO₂-Fussabdruck hat als ein Diesel-Verbrenner. Beim Elektroauto kommt hinten zwar nichts aus dem Auspuff raus, aber vorher wird so viel CO₂ rausgeschleudert, dass die Bilanz nicht aufgeht. Es ist wie bei vielem, der Blick wurde total verengt. Holz zum Beispiel: Natürlich ist Holzverbrennung nicht CO₂-frei, sie produziert pro Kilowattstunde mehr CO₂ als die Kohleverbrennung – und der Baum braucht sechzig Jahre, bis er nachgewachsen ist.

Weltwoche: Derzeit wird kaltes Duschen empfohlen, weniger Heizen, um Energie zu sparen. Bereits jetzt, im Sommer. Wie bereiten Sie sich auf den kalten, dunklen Winter vor?

Vahrenholt: Wir haben einen wunderbaren Kamin. Meine Frau hat dafür gesorgt, dass wir viel Holz haben, damit man, wie in den fünfziger Jahren, wenigstens einen Raum beheizen kann. Wir haben uns einen Propangaskocher besorgt, um für eine gewisse Zeit den Elektroherd ersetzen zu können, wenn nötig. Und immer genug Wasserkisten im Keller. Denn bei Stromausfall gibt es auch kein städtisches Wasser mehr.

Weltwoche: Haben Sie sich auch schon einen Stromgenerator angeschafft?

Vahrenholt: Nein, das wäre auch nicht so einfach. Mein Handy kann ich

mit der Lichtmaschine meines Benzinautos laden. Der Generator würde angeschafft, wenn ich die Hoffnung total verloren hätte, dass irgendwann Vernunft einkehrt.

Weltwoche: Das wollte ich gerade fragen: Wie können Sie optimistisch bleiben, damit nicht alles ganz so schlimm wird, wie Sie sagen?

Vahrenholt: Mir hilft der Blick auf meine Eltern, die 1945 vor dem Nichts standen. Innerhalb von fünf bis zehn Jahren haben sie es geschafft, zusammen mit der damaligen Generation aus dem kaputten Deutschland ein Land zu schaffen, in dem es sich zu leben lohnt. Ich glaube, das schafft jede Generation, wenn sie muss, wenn man sie machen lässt und sie die Möglichkeiten dazu hat. Vielleicht müssen wir erst in den Abgrund schauen, um zu einer neuen Gründer- und Aufbruchmentalität zu kommen. Ich bin da aber ganz zuversichtlich.

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, 21.07.2022, S.28-31 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Roman Zeller** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====

Energiepolitik : Der Energiewende geht die Puste aus*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 28. Juli 2022

=====

Norman Hanert (Red. PAZ)*

Robert Habeck besinnt sich auf Kohlekraft- statt auf sauberere Atom-Kraftwerke zurück ;

TÜV Süd kann Mangel an Brennelementen nicht bestätigen



Im März stellte Bundeswirtschaftsminister **Robert Habeck** fest, dass Versorgungssicherheit im Zweifel wichtiger sei als Klimaschutz. Ende Juni folgte die nächste Kehrtwende des Grünen-Politikers. Um von russischen Gasimporten unabhängiger zu werden, kündigte Habeck an, Gaskraftwerke vom Netz nehmen zu wollen und stattdessen wieder Kohle verstromen zu lassen. *„Das ist bitter, aber es ist in dieser Lage schier notwendig, um den Gasverbrauch zu senken“*, so der Bundeswirtschaftsminister.

Wie es in einer Mitteilung von Habecks Wirtschaftsministerium heißt, sollten sich die Betreiber dieser Ersatzkraftwerke bereits darauf einstellen, ihre Anlagen startklar zu machen, *„sodass alles so bald wie möglich einsatzbereit ist“*. Die Branche selbst zeigt sich dazu bereit. Nach Angaben der Energiewirtschaft können die in Reserve gehaltenen Braunkohle-Kraftwerke relativ schnell wieder hochgefahren werden.

Versorgungssicherheit ist laut Habeck wichtiger als Umweltschutz

Habecks Plan hat allerdings einen Haken, der mit einem Grundproblem der Energiewende zu tun hat. Die Gaskraftwerke liefern nämlich die Flexibilität in der Stromerzeugung, die notwendig ist, um die Unberechenbarkeit der Windkraftträder und Solarparks auszugleichen. Liefern diese Anlagen zu wenig Strom, lassen sich Gaskraftwerke als Ersatz innerhalb von Minuten hochfahren. Die Kohlekraftwerke sind dagegen ideal, um zuverlässig die Grundlast abzudecken.

Mit Blick auf die Energiewende hatte der schwedische Energieversorger Vattenfall bei seinem Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg versucht, Grundlastfähigkeit mit Flexibilität zu koppeln. Resultat dieser Bemühungen war, dass Moorburg nach Angaben Vattenfalls *„innerhalb von nur zehn Minuten seine Leistung um bis zu 500 Megawatt steigern oder absenken“* konnte. Wie die Gaskraftwerke könnte Moorburg damit eigentlich ein Teil der Lösung für eines der Kernprobleme der Energiewende darstellen.

Das Problem dabei:

Deutschlands modernstes Kohlekraftwerk ist seit dem Juli 2021 stillgelegt. Jahrelanger Gegenwind, der unter anderem sehr stark von den Grünen kam, juristische Klagen und Umweltauflagen haben dafür gesorgt, dass das Kraftwerk in Hamburg-Moorburg niemals wirtschaftlich betrieben werden konnte. Als Konsequenz hat Vattenfall ein mit dem Kohleausstiegsgesetz geschaffenes Angebot genutzt, und sich an einer Auktion der Bundesnetzagentur zur Stilllegung von Kraftwerkskapazitäten beteiligt.

Ende Februar teilte das Unternehmen mit, dass es die Vorbereitungen für den Rückbau des Kohlekraftwerks Hamburg-Moorburg wegen des Ukrainekriegs

vorerst gestoppt habe.

Tatsächlich hat die fragile Lage auf dem Energiemarkt dazu geführt, dass mittlerweile über Dinge geredet wird, die noch vor wenigen Monaten zumindest aus Sicht der Grünen undenkbar erschienen. Der Rückgriff auf Kohlekraftwerke ist dabei nur ein Beispiel. Grünen-Chef Habeck selbst hatte im März im ZDF-Morgenmagazin und auch bei „Lanz“ selbst eine Wende bei den Atomkraftwerken nicht völlig ausgeschlossen. Er werde selbst einen Weiterbetrieb der letzten noch betriebsbereiten Kernkraftwerke „ideologiefrei“ prüfen, so Habeck im Frühjahr.

Habecks Wirtschaftsministerium und auch das von der Grünen **Steffi Lemke** geführte Umweltministerium befanden in einem gemeinsamen Prüfvermerk dann doch recht schnell, dass *„eine Laufzeitverlängerung der drei noch bestehenden Atomkraftwerke auch angesichts der aktuellen Gaskrise nicht zu empfehlen“* sei. Mittlerweile ist auch die Diskussion um den Weiterbetrieb der deutschen Kernkraftwerke wieder zurück.

Söder widerspricht

So schlug etwa CSU-Chef **Markus Söder** vor, die AKW entgegen dem Ausstiegsbeschluss über den Jahreswechsel weiterlaufen zu lassen. Söder sagte: *„Wir werden im Winter ab dem 1. Januar neben einem echten Gasproblem noch eine zusätzliche Stromlücke erhalten. Es gibt keine Argumente, außer rein ideologischen Basta-Argumenten, die Kernkraft nicht zu verlängern.“*

Habeck und auch Kanzler Olaf Scholz erteilten diesen Vorschlägen allerdings eine Absage. Söder kann sich bei seinem Vorschlag allerdings auf ein Gutachten des TÜV Süd stützen, welches das bayerische Umweltministerium in Auftrag gegeben hat. Beschäftigt hatte sich der TÜV Süd mit der Frage, ob es möglich wäre, das Atomkraftwerk Isar 2 länger am Netz zu lassen als bis zum 31. Dezember 2022. Laut dem Gutachten des TÜV bestehen *„aus sicherheitstechnischer Sicht“* *„keine Bedenken“*. Auch ein Mangel an Brennelementen, wie dies Habeck suggeriert hatte, ist offenbar kein unüberwindliches Problem.

Die Brennelemente können noch etliche Monate weiter genutzt werden, auch die Lieferung von neuem Brennstoff ist möglich, ohne dabei auf Russland zurückzugreifen.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 24. Juni 2022, S.7; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Norman Hanert** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-

Redaktion.

=====

Energiewende : „Ein ungelöster Sachverhalt“)*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 28. Juli 2022

=====

Dagmar Jestrzanski (Red. PAZ)*

Die Bedeutung der Windkraftanlagen für den Insektenschwund wird ignoriert –

Das Thema wird tabuisiert, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

=====

In der Wochenzeitung „Die Zeit“ ist erstmals das ökoindustrielle, mit der Politik vernetzte Kartell beschrieben worden, das der US-Amerikaner Hal Harvey seit 20 Jahren in Deutschland, Europa und weltweit aufgebaut hat, um sein persönliches Ziel durchzusetzen: Die globale Elektrifizierung der Mobilität auf Basis von Wind- und Solarstrom. Es heißt, Harvey sei einer der mächtigsten Lobbyisten der Welt. Die von ihm kreierte Denkfabriken und Lobbyorganisationen wie Agora-Energiewende haben demnach jüngst der Bundesregierung fast wörtlich die Gesetze zur Erreichung der sogenannten Klimaneutralität sowie zum Auslaufen der Verbrennerautos bis 2035 in die Feder diktiert.

Bewusste Verschleierung

Noch viel schwerwiegender ist der Demokratieverlust, wenn Wissenschaftler entgegen den eigenen Erkenntnissen und den Erkenntnissen ihrer internationalen Kollegen die immer gravierenderen Umweltschäden verschweigen, die infolge des Tuns und Handelns dieser Organisationen entstanden sind und galoppierend weiter zunehmen. *„Wenn Wissenschaft zum Schweigekartell wird, dann wird aus einer Forschungsgemeinschaft eine Glaubensgemeinschaft. Doch Glauben statt Wissen passt viel besser zum aktuellen Zustand von Politik, Justiz, Behörden und Journalismus.“* Hinter dieser Feststellung steckt die langjährige Erfahrung des

Geschäftsführers einer Beraterfirma, dessen Name der Redaktion bekannt ist.

In der Tat lassen etwa die Gutachten des Umweltbundesamtes zu den internen und den absichtlich nicht erforschten externen Kosten durch Windkraft und Photovoltaik auf eine bewusste Verschleierung unvorstellbar großer Umweltschäden schließen – hierzulande und weltweit überall dort, wo rücksichtslose Politik und rücksichtslose Bergbaukonzerne zusammenwirken, um Menschen aus ihrer Heimat zu vertreiben, damit die von den Dienstleistern des fernen Strippenziehers erzeugte Gier nach Seltenen Erden, Kupfer und Lithium befriedigt werden kann, auch mit Hilfe von Kinderarbeit. Unterdessen propagieren Norddeutscher Rundfunk (NDR), Bayerischer Rundfunk (BR) und andere Medien weiterhin diese „saubere Energie“.

Politisch unkorrekte DLR-Studie

In dieser Spur fährt sogar das Bundesamt für Naturschutz (BfN). Am 16. März stellte die neue BfN-Präsidentin Sabine Riewenherm den dritten und letzten Band der Roten Liste zu den wirbellosen Tieren vor. Danach sind mehr als ein Viertel der Insekten bestandsgefährdet, insgesamt 26,2 Prozent von knapp 6750 neu bewerteten Insektenarten.

Neben vielen anderen Ursachen für diese beunruhigende Entwicklung hat der starke Ausbau der Windparks in Deutschland einen nicht unbeträchtlichen Anteil zu dem Insektenschwund beigetragen. Dies ergab eine 2019 veröffentlichte Modellstudie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR). Danach werden pro Jahr mindestens 1,2 Billionen Fluginsekten während ihrer Migration zu neuen Brutplätzen von den Rotorblättern der Windräder getroffen. Die Zahl berücksichtigt nur Tiere, die sichtbare Rückstände auf den Rotorblättern hinterließen.

Eine diesbezügliche Anfrage an das BfN wurde nach zwei Monaten lapidar beantwortet: „Der Betrieb von Windenergieanlagen gehört nach derzeitiger Kenntnis nicht zu den Ursachen oder Mit-Ursachen des Insektenrückganges.“ In der Tat fehlt in der schmalen Literaturliste der Hinweis auf die DLR-Studie.

Wegen des ungeheuerlichen Vorgangs wandte sich die PAZ an Christian Voigt vom Institut für Zoo- und Wildtierforschung, der selbst einschlägig geforscht hat. Die Antwort traf postwendend ein:

„Es wundert mich nicht, dass mein Artikel nicht zitiert wurde, da dieser ... lediglich einen Diskussionspunkt aufwirft. Relevanter ist vielmehr, dass die DLR-Studie, auf die sich meine Arbeit bezieht, nicht zitiert wurde. Die Studie von Trusch et al. ist völlig nichtssagend, da lediglich an einer einzigen Windenergieanlage (WEA) Erhebungen durchgeführt wurden. Deshalb ist dieser Artikel auch in einer Zeitschrift publiziert, die nicht den allgemeinen Qualitätskriterien von wissenschaftlichen Publikationen entspricht.“

„Der Insektentod an WEA ist somit ein ungelöster Sachverhalt, der näher untersucht werden müsste. Dies ist jedoch methodisch schwierig und die Politik und die Ämter scheuen sich mit allen Mitteln davor, den Insektenschwund mit WEA in Verbindung bringen zu wollen.“

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion :*

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 24. Juni 2022, S.4; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

=====

Windräder in die Städte*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 28. Juli 2022

Renè Nehring (Red. PrAllgZ)*

=====

Die Bundesregierung möchte den Ausbau der Windkraft beschleunigen.

=====

Dafür legte sie am 8. Juni einen Gesetzentwurf vor, der unter anderem verpflichtende Flächenziele und die *Vermeidung einer „Verhinderungsplanung“* durch die Bundesländer vorsieht.

Künftig, so das Bestreben der Regierung, soll der **Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Wohngebäuden höchstens 1000 Meter betragen.**

Schon seit Jahren gibt es immer wieder Streit zwischen den Verfechtern der Windkraft und ihren Gegnern – wobei die **Befürworter in der Regel dort zu Hause sind, wo keine Windräder stehen**, etwa in den Großstädten, in denen der Bau derartiger Anlagen nicht erlaubt ist.

Sollte man angesichts dieser Umstände den Mindestabstand nicht einfach ganz streichen ? Dann könnten **Windräder endlich dort errichtet werden,**

wo ihre größten Befürworter sitzen. Zum Beispiel in den noblen Altbauquartieren in Berlin-Kreuzberg oder Hamburg-Eppendorf, wo die Grünen seit jeher besonders viele Stimmen holen. Oder auf dem südlichen Vorplatz des Bahnhofs Friedrichstraße, wo gleich um die Ecke der **Bundesverband WindEnergie** residiert.

Technisch sollte das angesichts der Höhen der Anlagen von mehreren hundert Metern kein Problem sein. Das klingt absurd ? Mag sein. Doch absurd finden ihre Lage ganz sicher auch die Menschen auf dem Lande, denen die monströsen Windräder seit Jahren ungefragt zugemutet werden – von Entscheidern, die im Leben nicht mit ihnen tauschen würden.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 17. Juni 2022, S.1; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **René Nehring** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====

Die Energiewende steckt in der Sackgasse*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 28. Juli 2022

=====

*Fritz Vahrenholt **

Die dramatischen Anstiege bei den Energiekosten ärgern Verbraucher und Industrie gleichermaßen.

Doch sie sind nicht die einzige Folge einer fahrlässigen

Energiepolitik.

Vor allem die Versorgungssicherheit rückt nun in den Fokus.

=====

Der Krieg in der Ukraine hat uns allen vor Augen geführt, wie fahrlässig die deutsche Energiepolitik in den letzten zwölf Jahren betrieben wurde. Doch schon vor dem Krieg manifestierten sich die Fehler in steigenden Preisen und in Defiziten in der Versorgungssicherheit. Allein seit Mitte des Jahres 2021 stiegen die Preise für Erdgas massiv an, bis Dezember 2021 vervierfachten sie sich. In der Folge hat sich auch der Strompreis vervielfältigt, denn immer mehr Gaskraftwerke mussten für die stillgelegten 20.000 Megawatt-Kohlekraftwerke in Europa und 20.000 Megawatt-Kernkraftwerke in Deutschland einspringen.

Schon bei der Durchführung des Doppelausstiegs aus Kohle und Kernenergie in der Ära Merkel war klar, dass der Ersatz der gesicherten Leistung der konventionellen Kraftwerke nur durch einen erheblichen Import von Erdgas gewährleistet werden könnte. Die neue Ampelkoalition verstärkte diese Erdgasabhängigkeit sogar noch, indem sie in ihrem Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 einen forcierten Ausbau von Wind- und Solarenergie ankündigte. Denn auch dieser löst das Problem der Volatilität der Erneuerbaren Energieerzeugung nicht: Wind steht eben nur mit 25 Prozent der Volllaststundenzahl des Jahres zur Verfügung, Sonne nur zu etwa zehn Prozent des Jahres. Daher hatte der Koalitionsvertrag folgerichtig einen massiven Ausbau von bis zu fünfzig neuen Gaskraftwerken vorgesehen, die über die Nord-Stream-2-Pipeline gespeist werden sollten. Der durch Bundeskanzler Olaf Scholz zu Beginn des Ukrainekriegs verhängte Stopp von Nord Stream 2 hat somit eine tragende Säule der deutschen Energiewende eingerissen.

Preistreiber „Greenflation“

Inzwischen wird immer offensichtlicher, wie dramatisch die Verteuerung von Energie die privaten Haushalte und vor allem die mittelständische Industrie belastet. Doch bei den Ursachen kommt man meistens nicht auf des Pudels Kern. Der bedeutendste Preistreiber sind die europäischen Emissionszertifikate, die sich auf über 90 Euro je Tonne CO₂ katapultierten. Allein durch die politisch gewollte Verknappung und Verteuerung der CO₂-Zertifikate haben sich die Strompreise verdoppelt bis verdreifacht. Der Ukrainekrieg hat die Situation also nur noch weiter verschärft.

Die Bundesregierung ist nun auf dem Boden der Realität angekommen. Zwar gibt es immer noch genug Märchenerzähler wie den Bundesverband WindEnergie, der Windkraft als Lösung zur Unabhängigkeit von Russland anpreist, oder die Deutsche Umwelthilfe, die gerade gegen den

Braunkohletagebau Jänschwalde klagt. Doch ist die Lage genau andersherum:

Jeder weitere Ausbau mit schwankenden Windkraftanlagen erhöht die Notwendigkeit von Backup-Kraftwerken, solange Speicher nicht zur Verfügung stehen.

Wirtschaftsminister Robert Habeck scheinen diese Zusammenhänge mittlerweile klar geworden zu sein, immerhin schließt er nicht mehr aus, dass Kohlekraftwerke in Deutschland länger laufen könnten. Einer Laufzeitverlängerung der noch verbliebenen Kernkraftwerke erteilte er allerdings eine Absage. Das wäre nicht verantwortbar, assistierte die grüne Umweltministerin Steffi Lemke.

Fest steht, dass die Stilllegung der letzten Kernkraftwerke und weiterer Kohlekraftwerke die Sicherheit der Stromversorgung weiter belasten wird. Schon heute wird regelmäßig bei schwacher Wind- oder Solarstromversorgung Betrieben der Stahlindustrie und der Metallindustrie zeitweilig der Strom abgeschaltet. Immer häufiger muss die Bundesnetzagentur in die Stromversorgung eingreifen, um das Stromnetz nicht zusammenbrechen zu lassen.

Wie groß die Herausforderung ist, zeigt ein Blick auf die Quellen der deutschen Energieversorgung. Danach **leisteten im Jahr 2021 Wind und Sonnenenergie gerade einmal 5,1 Prozent der gesamten deutschen Energieversorgung (Strom, Wärme, Mobilität)**. Dass nun Wind- und Solarenergie ohne Rücksicht auf die Natur massiv ausgebaut werden sollen, hilft da wenig. Selbst eine Vervierfachung der Wind- und Sonnenenergieanlagen wird allenfalls ein Viertel der Energieversorgung abdecken.

Was fehlt ist das Eingeständnis, dass die Energiewende undurchführbar geworden ist.

Schon vor dem Ukrainekrieg hatte Deutschland die höchsten Strompreise der Welt. Zwar gelingt es mittlerweile, Strom aus Windenergieanlagen und Solaranlagen immer günstiger zu erzeugen. Solarstrom kann hierzulande bereits zu sechs Cent je Kilowattstunde erzeugt werden, Windstrom ebenso. Doch versucht man, den Strom durch Batterie- oder Wasserstoffspeicher der Nachfrage entsprechend zu liefern, verdrei- bis vervierfacht sich der Preis. Denn auf dem Wege von grünem Strom über die Elektrolyse, Zwischenspeicherung und Wiederverstromung in einem Kraftwerk gehen drei Viertel der eingesetzten Energie verloren. Zu diesen Konditionen ist keine industrielle Produktion wettbewerbsfähig.

Kehrtwende von einem Irrweg

Es ist also höchste Zeit, sich neben der ökologischen Frage auch den zwei anderen Säulen einer nachhaltigen Energieversorgung zu widmen: der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungssicherheit. Der Ausstieg aus der

heimischen Braunkohle – „idealerweise 2030“ (Koalitionsvertrag) – wird sich ohne russisches Erdgas nicht realisieren lassen. Wer sich von der russischen Abhängigkeit lösen möchte, kommt an drei Alternativen nicht vorbei:

- die Fortführung und Erweiterung der Nutzung der heimischen Braunkohle, idealerweise mit der in Deutschland entwickelten CO₂-Abscheidung,
- die Nutzung der bis zu 2300 Milliarden Kubikmeter Schiefergas in Norddeutschland und unter der Nordsee,
- die Fortsetzung der Nutzung der Kernenergie und die Reaktivierung der Ende des vergangenen Jahres stillgelegten Kernkraftwerke.

Nach dem Reaktorunfall in Fukushima 2011 in Japan gab es ein einziges Land auf der Welt, das daraufhin einen Ausstieg aus der Kernenergie beschloss: Deutschland. Es war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die in einer Kurzschlussreaktion vier Tage nach dem Störfall erklärte, dass die ältesten acht Kernkraftwerke abgestellt werden sollten.

Trotz des Unfalls von Fukushima, der in Deutschland laut Reaktorsicherheitskommission niemals hätte passieren können, kamen alle anderen Kernenergieländer der Welt zu anderen Schlussfolgerungen. Spanien, Belgien, Schweiz, USA und Schweden verlängerten die Laufzeit ihrer Kernkraftwerke. Holland und Polen planen den Einstieg in die Kerntechnik. Auch Schweden, das in den 1980er Jahren beschlossen hatte, bis 2000 alle Kernkraftwerke zu schließen, hat mittlerweile den Betrieb einzelner Kraftwerke bis 2040 erlaubt. Sogar der Ersatz bestehender Kernkraftwerke ist dort nunmehr möglich.

In Deutschland war die Laufzeitverlängerung ein halbes Jahr vor dem Ausstiegsbeschluss ebenfalls erfolgt: Im Herbst 2010 beschloss der Deutsche Bundestag eine Verlängerung der Laufzeiten um acht Betriebsjahre für ältere Kraftwerke und um 14 Jahre für jüngere Kraftwerke. Danach wäre Brokdorf im Jahre 2036 vom Netz gegangen. Noch **2008** sagte Bundeskanzlerin **Merkel** :

„Ich halte es nicht für sinnvoll, dass ausgerechnet das Land mit den sichersten Atomkraftwerken die friedliche Nutzung der Kernenergie einstellt.“

Die Folgeschäden der Fehlentscheidung der Kanzlerin und des Deutschen Bundestages von 2011 für den Wohlstand Deutschlands sind immens. Denn in der Regierungserklärung von 2009 hatte die CDU-FDP-Koalition das Ziel der Vorgängerregierung einer 40-prozentigen CO₂-Minderung bis 2020 übernommen. Ein Großteil der durch den Ausstieg wegfallenden CO₂-freien Stromproduktion musste nun durch Kohle- und Braunkohlekraftwerke ersetzt werden.

Um die CO₂-Ziele trotz Kernenergieausstiegs dennoch einzuhalten, mussten andere Bereiche herangezogen werden wie der Verkehr, die Wärmeversorgung und die Landwirtschaft, die mit weiteren CO₂-Einsparvorgaben belastet wurden. Am Ende wurde sogar der Verbrennungsmotor geopfert, eine Schlüsseltechnologie Deutschlands.

Eine neue Kerntechnikgeneration

Mit der Stilllegung der Kernkraftwerke rückt auch das Problem der radioaktiven Rückstände in den abgebrannten Brennelementen, die in zwölf Zwischenlagern neben den Kernkraftwerken aufbewahrt werden, wieder in den Fokus. Eine neue Generation von Kerntechnologien, die inhärent sicher sind und das Endlagerproblem auflösen, wird weltweit entwickelt – nur nicht in Deutschland. Denn die bis 2011 gültige Zweckbestimmung des Atomgesetzes, die Erforschung der Nutzung der Kernenergie zu fördern, wurde ersatzlos gestrichen.

Die Kerntechnik der IV. Generation, an der weltweit geforscht wird, arbeitet überwiegend mit schnellen Neutronen. Sie sind in der Lage, auch nicht spaltbare Atomkerne durch Neutroneneinfang zu spaltbaren zu machen. Damit wäre das Problem der Reichweite gelöst, denn herkömmliche Reaktoren nutzen lediglich fünf Prozent des Urans durch Kernspaltung.

Zugleich wird aber auch das Problem des Atomabfalls gelöst, denn dieser kann als Ausgangsstoff eingesetzt werden. Selbst wenn es nicht um die kostengünstige CO₂-freie Stromerzeugung durch Kernenergie ginge, müsste sich Deutschland mit dieser Technologie befassen, denn sie sichert die Umwandlung der über Zehntausende von Jahren langlebigen Rückstände in Stoffe, die bereits nach einigen hundert Jahren als abgeklungen gelten.

Ein neues Konzept der IV. Generation ist auch der Dual-Fluid-Reaktor (DFR). Er wurde als privates Projekt von Kernphysikern aus Deutschland ohne staatliche Zuschüsse entwickelt und hat mittlerweile weltweit Patente. Die Beschreibung des Reaktors durch die Erfinder liest sich wie die Beschreibung des Steins der Weisen:

- Der DFR erzeugt wie die meisten Konzepte der IV. Generation keinen langlebigen Atommüll. Im Gegenteil, er baut bestehenden Atommüll ab.
- Die Energieeffizienz ist etwa 1000 Mal so groß wie bei Stromerzeugungen auf Basis Erneuerbarer Energien.
- Das Kraftwerk ist inhärent sicher.
- Die Erzeugungskosten für Strom sollen für ein Großkraftwerk von 1500 Megawatt elektrischer Leistung bei einem Cent pro Kilowattstunde liegen.

Die Patentinhaber, die sich im privaten Institut für Festkörper-Kernphysik in Berlin organisiert haben, haben ihre Zelte mittlerweile in Vancouver in Kanada aufgeschlagen.

Nun ist die Politik gefragt

Je mehr die desaströsen Unzulänglichkeiten der Energiewende auf Wind- und Solarbasis in den nächsten Jahren zutage treten werden, umso mehr sollte in Deutschland die Offenheit kluger politischer Köpfe wachsen, sich mit einem neuen, sicheren Kapitel der Kernenergie zu beschäftigen.

Ganz dringlich ist aber die Entscheidung, die noch drei bestehenden und die drei gerade geschlossenen Kernkraftwerke fortzuführen. Zusammen würde dadurch so viel Strom produziert wie alle Solaranlagen in Deutschland – und das bedarfsgerecht sowie zu einem Bruchteil der Kosten.

Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die Grünen – die in der Bundesregierung wichtige Schlüsselpositionen innehaben – einen solchen Schritt gehen werden. Damit übernehmen sie aber auch die politische Verantwortung für den Zusammenbruch der Stromversorgung in den nächsten Jahren.

=====

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt war von 1991 bis 1997 Umweltsenator der Freien und Hansestadt Hamburg und anschließend Mitglied im Vorstand der Deutschen Shell sowie Vorstandsvorsitzender der REpower Systems und der RWE Innogy. Seit 1998 ist er Honorarprofessor an der Universität Hamburg. Zu seinen Schriften gehört „Unerwünschte Wahrheiten. Was Sie über den Klimawandel wissen sollten“ (mit Sebastian Lüning, Langen Müller 2020).
vahrenholt.net

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 17. Juni 2022, S.3; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Fritz Vahrenholt** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*; EIKE-Redaktion.

=====